

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates (Auszug)

Waldshut-Tiengen,
16. November 2020

Beginn der Sitzung: 19:15 Uhr
Ende der Sitzung: 22:00 Uhr

Ort: Tiengen, Öffentliche
 Stadhalle Sitzung

Zu Beginn der Sitzung stellt Oberbürgermeister Dr. Frank die Frage, ob es Einwendungen zum Protokoll der letzten Sitzung und zur heutigen Tagesordnung gibt und stellt fest, dass dies nicht der Fall ist.

Bürgermeister Baumert teilt mit, dass TOP 3 Fortschreibung des Teilregionalplans „Oberflächennahe Rohstoffe“ von der Tagesordnung abgesetzt worden ist.

Oberbürgermeister Dr. Frank berichtet über die vorangegangene Sitzung des Verwaltungs- und Sozialausschusses und Bürgermeister Baumert über die Sitzung des Bau- und Umweltausschusses.

110.

Fragestunde

Zu diesem Tagesordnungspunkt gibt es keine Wortmeldungen.

111.

Erschließung Baugebiet „Homburg“, Tiengen:

- a) Bildung einer Abrechnungseinheit zur Ermittlung der erschließungsfähigen Kosten**
- b) Beschluss einer Satzung über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen für die Lärmschutzwand entlang der L 161 (Zuordnungssatzung „Homburg“)**

Bürgermeister Baumert erläutert die Sitzungsvorlage anhand einer Präsentation.

Stadträtin Claudia Linke, GRÜNE-Fraktion, weist auf von ihr recherchierte Unterlagen hin, wonach bereits 1934/35 anhand von Plänen und Bauvorschriften gebaut worden sei und sich die Stadt Tiengen lt. eines Gutachtens bereits damals Gedanken über Fragen der Straßenentwässerung gemacht hätte, die auch berücksichtigt worden seien. Aus diesem Grund sei sie der Auffassung, dass es sich bei diesem Bereich in Homburg um „Historische Straßen“ handle. Des Weiteren weist sie auf eine Info-Veranstaltung im Jahr 2016 hin, bei der auch die Verwaltungsspitze anwesend gewesen sei, wo geäußert worden sei, dass die Anwohner keine Erschließungsbeiträge zu zahlen hätten.

Bürgermeister Baumert erwidert, dass eine Straßenoberflächenentwässerung nicht bestanden hätte und bietet Stadträtin Linke an, die genannten Unterlagen gemeinsam durchzuschauen und rechtlich zu bewerten. Außerdem führt er aus, dass die aufgeworfenen Fragen individuelle Abrechnungen betreffen würden und die genannten rechtlichen Bedenken ggfs. berücksichtigt werden könnten.

Auf die Frage von Stadtrat Harald Ebi, FDP-Fraktion, nach der Größenordnung der zu erwartenden Beiträge, antwortet Bürgermeister Baumert, dass eine Größenordnung erst genannt werden könne, wenn alle Abrechnungen für diese Maßnahme vorliegen würden. Außerdem würde die einzelne Berechnung der Beiträge von verschiedenen Faktoren abhängen.

Stadträtin Petra Thyen, GRÜNE-Fraktion, möchte erst beschließen, wenn die Höhe der Beiträge klar sei.

Stadtrat Jörg Holzbach, und Stadträtin Adelheid Kummle, FW-Fraktion, möchten vor einer Beschlussfassung die juristische Prüfung der aufgeworfenen Fragen abwarten.

Bauverwaltungsamtsleiterin Andrea Albert wendet ein, dass die Beschlussfassung zur Bildung einer Abrechnungseinheit in der heutigen Sitzung notwendig sei, damit die Stadt überhaupt Beiträge erheben könne und sagt zu, dass die individuelle Abrechnung der Beiträge erst nach rechtlicher Klärung der von Stadträtin Linke vorgetragene Punkte vorgenommen werde.

Nach weiterer Erörterung

1. Beschluss:

Der Gemeinderat fasst den Beschluss über die Bildung einer Abrechnungseinheit gemäß § 37 Abs. 3 Kommunalabgabengesetz (KAG) i. V mit § 3 Abs. 2 S. 2 Erschließungsbeitragsatzung, für einzelne Erschließungsanlagen (Anbaustraßen) im Erschließungsgebiet „Homburg“. Die Abgrenzung der Abrechnungseinheit erfolgt auf der Grundlage des beigefügten Lageplans, der Bestandteil des Beschlusses ist. Dieser wird ebenfalls der Niederschrift beigefügt.

Abstimmungsergebnis:

24 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme
1 Enthaltung

Stadtrat Harald Würtenberger, FW-Fraktion, bittet um Überprüfung, ob man bei der zu berücksichtigenden Bebauungstiefe nicht auf 25 m zurückgehen könne, da sich dahinter ausschließlich Schuppen oder Garagen befinden würden.

2. Beschluss:

Der Gemeinderat fasst den Beschluss über den Erlass der Satzung über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen für die Lärmschutzwand entlang der L161 und entlang des Grundstücks Flst. Nr. 1457/5, zum Schutz des Bebauungsplangebiets „Homburg“ (Zuordnungssatzung „Homburg“). Die Abgrenzung erfolgt auf der Grundlage des beigefügten Lageplans, der Bestandteil der Zuordnungssatzung ist.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

Die Sitzungsvorlage ist dem Protokoll beigefügt.

112

Fortschreibung des Teilregionalplans „Oberflächennahe Rohstoffe“ für die Region Hochrhein-Bodensee:

Stellungnahme der Stadt Waldshut-Tiengen

Dieser Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt.

113.

Johann-Peter-Hebel-Schule (Breitenfelder Straße): Stand der Umbau und Sanierungsarbeiten – Präsentation

Oberbürgermeister Dr. Frank führt in das Thema ein und begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Architekt Thomas Oeldenberger und die Stellvertretende Schulleiterin Franziska Rombach.

Architekt Oeldenberger stellt den Abschluss der Sanierungsmaßnahme anhand einer Präsentation vor.

Stadtrat Harald Würtenberger, FW-Fraktion, weist darauf hin, dass die in der Sitzungsvorlage angegebenen prognostizierten Gesamtkosten irreführend seien, da die meisten Schlussrechnungen noch gar nicht vorliegen würden.

Auf die Frage von Stadträtin Adelheid Kummle, FW-Fraktion, warum bei Ausschreibung der Möbel ein in der Region ansässiger Möbelhersteller nicht angefragt worden sei, antwortet Herr Oeldenberger, dass die Möblierung ausgeschrieben worden seien, vom betreffenden Hersteller jedoch kein Angebot abgegeben worden sei.

114.

Einrichtung Schulsozialarbeit Johann-Peter-Hebel-Schule: Zustimmung

Amtsleiterin Silke Padova, Kinder- und Jugendreferat, erläutert die Sitzungsvorlage. Nach weiterer Erörterung

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Einrichtung einer befristeten Schulsozialarbeiterstelle an der Johann-Peter-Hebel-Schule unter Trägerschaft des DRK und Kostenerstattung durch die Stadt zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

115.

Beteiligung badenova AG & Co. KG: Zustimmung zur Kapitalerhöhung

Oberbürgermeister Dr. Frank begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Pflüger von der Stadtwerke GmbH sowie Herrn Debus von der badenova AG & Co. KG und erläutert die Sitzungsvorlage anhand einer Präsentation.

Nach weiterer Erörterung

Beschluss:

Der Gemeinderat der Stadt Waldshut-Tiengen fasst folgende Beschlüsse:

1. Zur Stärkung und zur Ausweitung der engeren kommunalen Zusammenarbeit stimmt der Gemeinderat der Kapitalerhöhung bei der badenova AG & Co.KG um maximal 41.881.000 EUR auf Grundlage der Drucksache G-20/... zu.
2. Der Gemeinderat stimmt der Änderung des Gesellschaftsvertrages der badenova AG & Co. KG gemäß Anlage 1 der Drucksache G-20/...zu.
3. Der Gemeinderat stimmt den im Zuge der Aufstockung der Kapitalerhöhung einzelner Kommanditisten erforderlichen Änderungen des Gesellschafterkreises und der Kapitalanteile in § 4 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages der badenova AG & Co. KG, zu.
4. Der Gemeinderat stimmt dem Verzicht auf eine Aufstockung der Kapitalbeteiligung an der badenova AG & Co. KG durch die Stadtwerke Waldshut-Tiengen GmbH auf Grundlage der Drucksache G-20/...zu.
5. Der Gemeinderat beauftragt den Oberbürgermeister, die zum Vollzug der Beschlussziffern 1, 2 und 3 in der(n) Gesellschafterversammlung(en) der badenova AG & Co. KG erforderlichen Erklärungen abzugeben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

116.

**Einführung Ratsinformationssystem:
Sachstandsbericht und Vorstellung**

Oberbürgermeister Dr. Frank führt in das Thema ein.

Norbert Bodmer und Alexander Erne, Hauptamt-EDV, erläutern die Sitzungsvorlage anhand einer Präsentation und beantworten Fragen aus dem Gremium.

Stadträtin Petra Thyen, GRÜNE-Fraktion, schlägt vor, dass sich die Gemeinderatsmitglieder an den Kosten für die Tablet-PCs beteiligen sollen.

Stadträtin Antonia Kiefer, GRÜNE-Fraktion, informiert darüber, dass es beim Kreistag so geregelt sei, dass die Kreistagsmitglieder einen eigenen Tablet-PC zur Verfügung stellen und dafür einen Kosten-Anteil von 8 € je Sitzung vergütet bekämen.

Nach weiterer Erörterung

Beschluss:

1. Der Gemeinderat beschließt, das Ratsinformationssystem „Session“ vom kommunalen Rechenzentrum Komm.One zu beschaffen.
2. Die Stadt stellt allen Gemeinderatsmitgliedern und Ortsvorsteher/-innen Tablet-PCs für die digitale Ratsarbeit zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

117.

**Schaffung Mobilitätsplattform für Waldshut-Tiengen:
Bereitstellung von Planungsmitteln**

Oberbürgermeister Dr. Frank erläutert die Sitzungsvorlage.

Stadträtin Petra Thyen, GRÜNE-Fraktion, möchte, dass der Gemeinderat bei der Plattform mitsprechen kann.

Stadtrat Harald Würtenberger, FW-Fraktion, möchte, dass dieses Gremium aus Gemeinderatsmitgliedern und Bürgern bestehe. Er spricht sich gegen eine externe Beteiligung mit einem übergestülpten Konzept aus.

Der Oberbürgermeister zeigt am Beispiel „Tourismuskonzept“ auf, dass dieses Konzept nicht übergestülpt, sondern in einer Arbeitsgruppe, bestehend aus Bürgerinnen und Bürgern, Gemeinderatsmitgliedern und städtischen Beschäftigten, bei mehreren Treffen selbst erarbeitet worden sei.

Stadtrat Dr. Philipp Studinger, CDU-Fraktion, erläutert, dass die Mobilitätsplattform offen gestaltet werden soll. Es gehe bei diesem Antrag in erster Linie um eine Bündelung von Ressourcen aller Personen, die sich mit dem Thema „Mobilität“ beschäftigen. Er schlägt vor, dass die Verwaltung konkretere Vorstellungen einhole, was eine externe Unterstützung beinhalten soll.

Nach weiterer Erörterung

Beschluss:

Der Gemeinderat begrüßt die Schaffung einer Mobilitätsplattform und stellt hierfür im Haushaltsplan 2021 Planungsmittel in Höhe von 50.000 € bereit.

Abstimmungsergebnis:

20 Ja-Stimmen
4 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen

118.

**Haushalt 2021:
Einbringen des Entwurfs**

Oberbürgermeister Dr. Frank hält die beigefügte Rede, zur Einbringung des Haushaltsentwurfs 2021.

119.

Spenden

Oberbürgermeister Dr. Frank verliest eine Spende gemäß beigefügter Zusammenstellung.

Beschluss:

Der Gemeinderat genehmigt die Entgegennahme und Weiterleitung der in beigefügter Zusammenstellung aufgeführten Spende.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

120.

Bekanntgaben**Beschlüsse aus nichtöffentlichen Sitzungen**

Protokollführer Klaus Teufel gibt die in nichtöffentlichen Sitzungen des Gemeinderates vom 21. September und 19. Oktober 2020 sowie des Verwaltungs- und Sozialausschusses vom 19. Oktober 2020 gefassten Beschlüsse gemäß beigefügter Zusammenstellung bekannt.

121.

Verschiedenes**Fehlalarmierungen Feuerwehr**

Stadtrat Armin Arzner, CDU-Fraktion, weist auf eine nach wie vor hohe Zahl von Fehlalarmierungen der Feuerwehr hin, welche durch eine Brandmeldeanlage beim Zentrum für Psychiatrie (ZfP) in Waldshut ausgelöst würden und erkundigt sich nach dem Sachstand der hierzu geführten Gespräche.

Bürgermeister Baumert antwortet, dass ein Gespräch zwischen Baurechtsbehörde und ZfP stattgefunden hätte und das ZfP eine zügige Abhilfe zugesagt habe.

Anstrahlung Oberes Tor

Stadtrat Raimund Walde, FDP-Fraktion, nimmt Bezug auf eine frühere Anfrage und teilt mit, dass die Anstrahlung des Oberen Tores von der Innenseite inzwischen wieder funktioniere und dass die Stadtwerke nach einer Lösung für die Anstrahlung von der Außenseite suchen würden. Er bedankt sich bei dieser Gelegenheit bei den Mitarbeitern der Stadtwerke.

Parkplatz Sulzerring (Klettgau Carré)

Stadträtin Nathalie Rindt, CDU-Fraktion, bittet im Auftrag der Aktionsgemeinschaft Tiengen darum, den Parkplatz Sulzerring auf dem Gelände des Klettgau Carré auch wieder für das bevorstehende Weihnachtsgeschäft zur Verfügung zu stellen und hierfür auszubessern. Eine weitere Bitte sei, dass während dieser Zeit die Parkscheibenpflicht wieder eingeführt werde, da dieser Parkplatz bereits morgens – hauptsächlich durch Pendler – voll belegt sei.

Oberbürgermeister Dr. Frank sagt eine Überprüfung und Abklärung mit dem Eigentümer zu.

Schlüchtbrücke Gurtweil

Stadtrat Waldemar Werner, CDU-Fraktion, weist auf einen Beschluss des Gemeinderates aus dem Jahr 2009 hin, als Ersatz für die Schlüchtbrücke in Gurtweil eine Radweg- und Fußgängerbrücke zu bauen und stellt die Frage, warum dieser Beschluss nicht umgesetzt werden könne. Auf seine diesbezügliche Anfrage bei der Verwaltung hätte er keine zufriedenstellende Antwort erhalten.

Oberbürgermeister Dr. Frank sagt eine Überprüfung und Beantwortung zu.

Sitzungen im Video-Format

Stadtrat Waldemar Werner, CDU-Fraktion, nimmt Bezug auf einen diesbezüglichen Zeitungsartikel und stellt die Frage, warum in Waldshut-Tiengen trotz einer entsprechenden Regelung in der Gemeindeordnung die Gremiensitzungen nicht als Video-Sitzungen durchgeführt werden.

Klaus Teufel, Geschäftsstelle Gemeinderat, antwortet, dass trotz Regelung in der Gemeindeordnung ein rechtliches Risiko bleibe, insbesondere bei Satzungsbeschlüssen, wie z.B. die Erschließungssatzung. Außerdem verlange die Regelung eine Übertragung in einen öffentlichen Raum – eine reine Video-Sitzung mit Übertragung ausschließlich per Internet sei nicht möglich; für die Öffentlichkeit müsste die Sitzung in einen Sitzungsraum übertragen werden, während die Gemeinderatsmitglieder an der Sitzung von zuhause aus teilnehmen könnten. Aufgrund der Möglichkeit in den beiden Stadthallen die vorgeschriebenen Abstände einhalten zu können, habe man sich bisher für die Beibehaltung von Präsenzsitzungen entschieden.

Radweg Lonza-Areal

Stadträtin Petra Thyen, GRÜNE-Fraktion, erkundigt sich, nach dem Sachstand „Radweg Lonza-Areal“.

Oberbürgermeister Dr. Frank antwortet, dass er den hierzu erforderlichen Grundstücksvertrag inzwischen unterschrieben habe.

Sprengungen im Steinbruch Detzeln

Stadtrat Thomas Hilpert, FW-Fraktion, nimmt Bezug auf den abgesetzten Tagesordnungspunkt „Fortschreibung Teilregionalplan Oberflächennahe Rohstoffe“ und trägt vor, dass es infolge von Sprengungen im Steinbruch zu Rissbildungen an Häusern in Krenkingen gekommen sei. Außerdem käme es zu Staubbelastungen und zu einer Schädigung der Steina. Er bittet darum, dass man deshalb Vertreter der Ortschaft Krenkingen und Herrn Kasseckert als Fischpächter am Verfahren beteilige und zur Anhörung einladen soll.

Bürgermeister Baumert verweist hierzu auf die Behandlung dieses Tagesordnungspunktes in der Dezember-Sitzung.

Ortsvorsteherin Esther Koch, Detzeln, weist ergänzend auf die Stellungnahme der Ortschaft Krenkingen hin, wonach an verschiedenen Gebäuden Rissbildungen festgestellt worden seien, die jedoch nicht zweifelsfrei den Sprengungen des Porphyrwerks zugeordnet werden könnten.

Silvester-Feuerwerke

Stadtrat Dr. Philipp Studinger, CDU-Fraktion, bittet darum, in der Dezember-Sitzung darüber zu informieren, wo Silvester-Feuerwerke stattfinden dürften und wo nicht.

Rechts- und Ordnungsamtsleiter Ralph Albrecht antwortet, dass man sich derzeit mit diesem Thema beschäftige. Eine Allgemeinverfügung sei hierfür nicht erforderlich; man werde die Bevölkerung über das Mitteilungsblatt informieren und Kontrollen durchführen. Außerdem sei vorgesehen, die entsprechenden Bereiche mit Hinweisschildern zu kennzeichnen und für die Kontrollen den Kommunalen Ordnungsdienst einzusetzen.

gez.

Dr. Philipp Frank,
Oberbürgermeister

gez.

Klaus Teufel,
Protokollführer